

Wir brauchen Ortsumgehungen, aber keine A49!

Leserbrief zu den Beiträgen über Unterschriftensammlungen in Neustadt (OP v. 14.02.) und Stadtallendorf (15.02.)

Als die A49 vor etwa 50 Jahren in Planung genommen wurde, hat kaum jemand von Klimanotstand und Artensterben gesprochen. Inzwischen jedoch stoßen wir mit unserer Wirtschafts- und Lebensweise ganz offensichtlich an Grenzen. Wesentliche Änderungen sind notwendig, um die Grundlagen unseres Wohlstandes zu erhalten. Wer sich heute für den Bau einer Autobahn einsetzt, muss sich daher zu den Konsequenzen erklären, die diese im Hinblick auf den Ausstoß an Klimagasen, das Zerschneiden von besonders schützenswerten Arealen wie des Flora.Fauna-Habitats Herrenwald (europarechtlich geschützt) und des Dannenröder Forsts samt der Abholzung alter Waldbestände haben. Sollten wir insofern von verantwortlichen Politikern nicht erwarten dürfen, dass offensichtliche Fehleinschätzungen, Übertragungs- und Übersetzungsfehler in den Planungsunterlagen korrigiert werden? Dass eine Umwidmung der für die A49 vorgesehenen Millionenbeträge in den Ausbau des Schienenverkehrs und der regionalen E-Mobilität in Betracht gezogen wird? Dass Jugendliche, die sich ernsthaft um ihre Zukunft sorgen, angehört und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden?

Die Forderungen der Neustädter Bürger, den durch Weiterbau der A49 zu erwartenden Verkehr aus der Stadt herauszuhalten, und der Stadtallendorfer Betriebe nach einer direkteren Verkehrsanbindung Richtung Norden sind für jedermann nachvollziehbar. Dies gilt erst recht für das Elend der B3-Anwohner, die seit Jahrzehnten mit dem Bau der A49 vertröstet werden. Durch Ortsumgehungen könnten diese Probleme schon längst relativ umweltverträglich und kostengünstig gelöst sein, wenn die frühzeitig von Bürgerinitiativen eingebrachten Vorschläge berücksichtigt worden wären. Dementsprechend schlagen die Kritiker des Autobahnbaus auch jüngst in ihrem „Dannenröder Appell“ eine gemeinsame Ortsumgehung für Neustadt und Wiera vor.

Wir empfinden es daher als falsch, wenn betroffenen Bürgern der Bau einer überregionalen Autobahn als einzige Lösung ihrer örtlichen Verkehrsprobleme dargestellt wird. Und dass der BUND die Einhaltung umweltrechtlicher Vorgaben gerichtlich prüfen lässt, resultiert aus der Missachtung entsprechender Einwände und dient allein dem Schutz öffentlicher Anliegen.

Dr. Ralph Büchler, Dorothea Schmidt, Bernt Klapper

Sprecher des BUND Ortsverband Kirchhain-Amöneburg-Rauschenberg